

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

**Abonnementpreis** für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mk. bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk. für einen Monat 6.— Mk. — Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4596. — **Postkontonr. 53477**

**Redaktion:** Leipzig, Tauscher Str. 19/21  
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig  
Telephon 13693. — **Verlag in Leipzig,**  
Tauscher Straße 19/21 — Telephon 4596

**Inseratenpreise:** Die 7 gespaltene Kolonelle oder deren Raum 2.50 Mk. bei Platzschrift 3.— Mk.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 2.— Mk. Reklame-Kolonelle 10.— Mk. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721  
Schluß der Inseraten-Annahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

## Die Frage eines Moratoriums.

### Ein Memorandum Sir John Bradburns.

London, 29. November. Die Daily Mail macht heute morgen folgende bemerkenswerte Mitteilungen, die ihr aus gut informierter Quelle zugekommen sind: Die schlechte Lage der deutschen Finanzen und der jüngste Besuch von Hugo Stinnes in London haben die Aufmerksamkeit der englischen Regierung auf die am 15. Januar fällige Rate der deutschen Reparationszahlungen gelenkt. Deutschland hat an diesem Tage 25 Millionen Pfund Sterling zu zahlen. Die Gesamtsumme der deutschen Reparationszahlungen beträgt 6600 Millionen Pfund, wovon England 25 Proz. erhält. Der Sturz der deutschen Mark läßt auf den englischen Handel eine verheerende Wirkung aus und speert den deutschen Markt für englische Güter vollkommen.

Nach dem jüngsten Besuch der Reparationskommission in Deutschland hat ihr englisches Mitglied, Sir John Bradburn, ein Memorandum ausgearbeitet, das von dem englischen Kabinett demnächst erörtert werden wird. Es wäre jedoch verfehlt, schon zu sagen, daß das Ergebnis dieses Studiums ein von der englischen Regierung auf ein bis zwei Jahre gewährtes Moratorium sein werde. Wenn dies der Fall wäre, so gesehe es nie, um eine rasche Wiederaufnahme des englischen Handels mit Deutschland zu ermöglichen. So wie die Angelegenheit steht, zahlt Deutschland keine Reparationen dadurch, daß es seine Banknotendrucke immer wieder in Bewegung setzt, was ein immer weiteres Sinken der Mark zu Folge hat. Es wird deshalb eine Bedingung für ein etwaiges Zugeständnis der Alliierten sein, daß die deutsche Regierung den Banknotendruck einstellt. Außerdem wird später eine höhere Besteuerung der deutschen Industrie vorgenommen werden müssen.

Es wäre verfehlt, eine Mitteilung über die Haltung der französischen Regierung machen zu wollen, doch kann es nicht fraglich sein, daß die Schwierigkeiten der deutschen Lage den Franzosen nicht entgangen sind, und daß diejenigen, die den wirklichen Grund der Lage in Deutschland studieren konnten, einer solchen Vereinbarung günstig seien. Deutschland wird übrigens mit den Zahlungen in natura fortzufahren haben. Denn die Zahlungen würden ihm nicht erlassen werden, sondern es würde nur einen Zahlungsausschub erhalten.

### Bedingungen für ein Moratorium.

London, 30. November. (T.M.) Evening Standard sagt, daß, falls ein Moratorium an Deutschland bewilligt wird, Deutschland folgende Bedingungen annehmen müsse: 1. Die deutschen Finanzen werden innerhalb zweier Jahre revidiert. 2. Scharfe Maßnahmen gegen die Papiergeld-Inflation. 3. Eine alliierte Aufsichtskommission über die deutschen Finanzen wird in Berlin errichtet. Das Blatt weist daraufhin, daß es nicht notwendig ist, daß alle alliierten Vertreter dieser Regelung zustimmen, da die Bestimmung des Art. 13 des Versailler Vertrages für diesen Fall keine Einmütigkeit erfordert.

### Ein Finanzgutachten Sendoux.

Ueber die Finanzlage Deutschlands hat sich der Finanzfachverständige und Vertreter Frankreichs auf der Brüsseler Finanzkonferenz folgendermaßen ausgesprochen:

Die Lage Deutschlands ist klar. Deutschland hat die Durchführung des Londoner Ultimatum versprochen, hat aber gleichzeitig erklärt, daß dieses Ultimatum undurchführbar ist. Finanziell betrachtet, ist das wahr. Es gibt in der ganzen Welt 40 Milliarden Gold, und infolgedessen ist es unmöglich, 132 Milliarden Goldmark zu finden, um die Reparationen zu bezahlen. Vom wirtschaftlichen Standpunkt aus aber ist es eine andere Sache. Es handelt sich für Deutschland darum, eine Verzerrung in der öffentlichen Meinung zwischen der finanziellen Unmöglichkeit und der wirtschaftlichen Möglichkeit hervorzuufen. Deutschland hat ein einfaches Mittel gefunden, seine Zahlungsmöglichkeit zu dokumentieren, indem es den deutschen Markt versperre und jedes Einkauf in Auslande unmöglich mache. Zunächst hat Deutschland die Mark so entwertet, daß jede Einkaufsmöglichkeit in Amerika, England und Frankreich unmöglich erscheint. Die schnelle Entwertung des Papiergeldes hat ein bisher nicht beobachtetes Phänomen festzustellen: Das entwertete Papiergeld behält im Innern des Landes eine höhere Kaufkraft als im Auslande, daß die für das tägliche Leben notwendigen Dinge im allgemeinen in Deutschland billiger sind als überall sonst, wo die Industrie zu niedrigen Preisen produziert wie in Amerika und England. Der Kurssturz der Mark hat also die deutschen Produzenten sehr begünstigt. Die Baisse wurde verursacht erstens durch die große Notensituation, und zweitens durch die fortgesetzte Kapitalflucht ins Ausland. Nicht einen Augenblick hat sich die deutsche Regierung bemüht, dem Kurssturz der Mark Einhalt zu tun. Schon in Brüssel erklärten die deutschen Sachverständigen, daß die deutsche Mark im nächsten Jahre den Wert der österreichischen Krone erreicht haben werde. Deutschlands Haushalt verlangt zu schwere direkte Steuern, die dazu noch schlecht eingetrieben werden.

Deutschland hat seine Eisenbahnen und seine Handelsmarine wiederaufgebaut. Es hat die Zinsen seiner Anleihen bezahlt und die fortgesetzten Forderungen aller politischen Parteien nach fortgesetzter Ausgabe von Banknoten zufriedengestellt. Unter diesen Bedingungen mußte die deutsche Mark immer mehr fallen. Das Reich hat niemals den Kauf fremder Devisen durch seine Staatsangehörigen unter Kontrolle gestellt und hat die Fabrikanten niemals veranlaßt, ihren Besitz an ausländischen Devisen nach Deutschland zu schaffen. Die fremden Banken sind mit deut-

lichem Kapital in Franken, Lire, Pfund Sterling und Dollars überflutet. Ihr Wert beträgt zur Zeit 75 Milliarden Papiermark. Einzelne Ausländer, Freunde, Alliierte und Neutrale, erklären, daß Deutschland die Reparationszahlungen unterbrechen sollte, worauf die Mark wieder steigen würde. Dann könnte man mit Deutschland Geschäfte machen. Einzelne Alliierte behaupten sogar, daß man dann mit Deutschland bessere Gewinne erzielen könnte, wenn man mit ihm Handel triebe, als wenn man von ihm die Reparationszahlungen verlange. Eine endgültige Lösung kann nur dadurch gefunden werden, daß ein vollkommenes Einvernehmen und der feste Wille unter den Alliierten besteht, Deutschland zu Finanzreformen zu zwingen und zu veranlassen, daß es seine fremden Devisen heim schafft.

### Vanderlip über den Abbau der Schulden.

London, 29. November. In einer Rede in New York erklärte der amerikanische Finanzmann Franc Vanderlip, die den Vereinigten Staaten geschuldeten Beträge müßten für die Wiederherstellung Europas verwendet werden. Jedermann außer Frankreich gebe zu, daß die Deutschland auferlegten Reparations- und Darlehensschulden nicht wünschenswert wären. Wenn die Reparationsschulden Deutschlands nicht wesentlich abgemindert würde, müßte Deutschland finanziell zusammenbrechen. Es sei den Alliierten ebenso unmöglich, ihre Schulden an die Vereinigten Staaten zu bezahlen, wie es den Deutschen unmöglich sei, ihre Schulden an die Alliierten zu bezahlen. Die den Vereinigten Staaten geschuldeten Beträge müßten daher in eine Schuld an die Menschheit umgewandelt werden.

### Berichterstattung Stinnes.

#### Fortsetzung der Verhandlungen mit dem Ausland.

Berlin, 30. November. (Eigene Drahtmeldung.) In der gestrigen Präsidialsitzung des Reichsverbands der deutschen Industrie erstattete Stinnes eingehend Bericht über seine Verhandlungen in London, insbesondere über seine Besprechung mit Lord George. In diesen Bericht knüpfte sich eine Aussprache, die auch die Kreditaktion der Industrie im Zusammenhang mit der Frage einer ausländischen Anleihe betraf. Die Aussprache war streng vertraulich. Man glaubt jedoch, wie die Vossische Zeitung mitteilt, in unterrichteten Kreisen zu wissen, daß ihr Ergebnis einen nicht ungünstigen Verlauf der weiteren Verhandlungen zwischen der Reichsregierung und der deutschen Industrie ermöglichte.

Zu der gleichen Angelegenheit berichtet die Telegr.-Union:

Man kam überein, Geheimrat Blicher, den Generalsekretär des Reichsverbands der Deutschen Industrie, zum Reichsfinanzler zu ernennen. Dr. Wirth hatte sich vor einiger Zeit mit Vertretern der Wirtschaftskreise darüber unterhalten, eine aus Mitgliedern der Industrie und der Finanzen gewählte Kommission von sechs Herren zu bestimmen, die mit den englisch-amerikanischen Wirtschaftskreisen über die Kreditfrage in Verbindung treten soll. Geheimrat Blicher soll nun den Reichsfinanzler davon in Kenntnis setzen, daß der Reichsverband mit diesem Vorschlag einverstanden ist. Die Kommission selbst soll von Dr. Wirth bestimmt werden. Die Verhandlungen mit dem Ausland sollen also fortgeführt werden. Den deutschen Industriellen kommt es nicht allein auf einen Kredit für den 15. Januar an, sondern vor allem darauf, einen neuen Zahlungsmodus zu finden, damit wir nicht nach diesem Termin alsbald wieder in die gleiche Notlage geraten. Ueber die Wege, die dazu führen können, ist in London ausführlich gesprochen worden. Daß hier noch sehr große Widerstände zu überwinden sind, versteht sich von selbst.

Nach der am Dienstagvormittag stattgefundenen Sitzung des Präsidiums hielt, laut Berliner Tageblatt, am Nachmittag der Kreditausschuss eine Sitzung ab, in der über die am Vormittag getroffenen Vereinbarungen nochmals beraten wurde.

Berlin, 30. November. Wie der Londoner Korrespondent der Vossischen Zeitung erfährt, haben zwischen Dr. Rathenau und dem Direktor der Bank von England, Sir Robert Anderson, zwei Konferenzen stattgefunden. Weitere Konferenzen mit den ersten englischen Finanzmännern und mit dem Staatskanzler Sir Robert Horne sollen sich unmittelbar anschließen. Der Korrespondent hält es für möglich, daß Rathenau auch mit Lord George zusammentreffen wird.

### England und das Abkommen von Wiesbaden.

Haag, 30. November. (T.M.) Daily Telegraph meldet, daß die letzte an Frankreich gerichtete britische Note über die Reparationsfrage nicht nur die Frage stellt, wann Frankreich bereit sein würde, die interalliierte finanzielle Übereinkunft vom 13. August zu ratifizieren, sondern, daß die Note außerdem sagt, daß die Billigung des Wiesbadener Abkommens solange nicht zu erwarten sei, bis die interalliierte finanzielle Übereinkunft ratifiziert sei. — Daily Herald meldet, England würde sich keinesfalls an neuen Sanktionen beteiligen. Wenn Frankreich sich weigerte, das Moratorium zu bewilligen, so würde England Deutschland ermuntern, zu erklären, daß es nicht zahlen könne.

## Götterdämmerung.

Es ist noch kein Jahr seit den Verhandlungen über das Londoner Ultimatum in die Lande gegangen, und schon machen sich die Folgen bemerkbar, auf die wir seinerzeit unausgeseht hingewiesen haben. Die Durchführung des Ultimatum, die Zahlung der Reparationssummen mußte naturnotwendig die gesamte Weltwirtschaft noch weiter in Unordnung bringen, als dies im Verlaufe der letzten Krise bereits geschehen war. Die deutsche Mark sank um das Vielfache der Vor-Londoner Höhe. Deutschland wurde durch den Sturz der Valuta der Warenlieferant der ganzen Welt, gegen dessen Konkurrenz keiner der anderen kapitalistischen Staaten irgendwie aufkommen vermochte. Die Wirkung auf die übrigen hochkapitalistischen Staaten zeigt sich nur allzu deutlich, die Götterdämmerung bricht herein, sie konstatierten an dem Zusammenbrüche ihres eigenen Wirtschaftslebens die Tatsache, daß nur eins möglich ist: entweder die finanzpolitische Situation Deutschlands muß gestiftet, die Valuta muß gestützt werden, oder aber die Garantien des Londoner Ultimatum werden in den Zustand einer dauernden wirtschaftlichen Stagnation versetzt. Die Stimmen aus England, die die Herbeiführung eines Moratoriums für Deutschland verlangen, mehrten sich von Tag zu Tag. Zwar will man Deutschland die Forderungen auf Grund des Vertrages von Versailles nicht erlassen, immerhin aber sollen Formen gefunden werden, die dem deutschen Reiche ermöglichen, die Summen für den Wiederaufbau zu erbringen, ohne damit die gesamte Weltwirtschaft in den Zustand der Unordnung zu versetzen. Zunächst steht die Gewährung eines Moratoriums im Mittelpunkt der weltwirtschaftlichen Diskussion. Widerstände sind zur Zeit nur noch bei Frankreich vorhanden. Durch die Forderung Frankreichs aber, die das zunächst einzige positive Ergebnis von Washington war, wird es nur allzu bald gezwungen sein, von dem Wege seiner intransigenten Erfüllungspolitik abzuweichen. Dann wäre die Einmütigkeit unter den Alliierten hergestellt und die Frage der Gewährung eines Moratoriums in unmittelbarer Nähe gelöst. Naturgemäß stehen die Bedingungen eines derartigen Zahlungsausschubes heute noch nicht fest, zu erwarten aber ist, daß unsere Gegner versuchen werden, über die Gestaltung der Reichsfinanzen eine Kontrolle zu erlangen.

Wie dem auch sei. Das Memorandum Sir John Bradburns, des englischen Mitgliedes der Reparationskommission, das Finanzgutachten Sendoux, des französischen Finanzberaters, und die Äußerungen des amerikanischen Milliardärs Vanderlip sind kennzeichnend genug für die gegenwärtige Situation. Von diesen Kennern der internationalen Finanzwirtschaft ist keiner der Auffassung, daß Deutschland imstande sei, die Summen auszubringen, die ihm durch das Ultimatum von London auferlegt worden sind. Charakteristisch ist die Feststellung Sendoux', daß auf der ganzen Erde nur 40 Milliarden Goldmark vorhanden seien, während Deutschland durch das Ultimatum von London gezwungen werde, 132 Milliarden in Goldmark zu zahlen. Schon dadurch ist die Unmöglichkeit der Ausführung des Ultimatum gegeben, aber wir sehen mehr und mehr, daß die so viel gehetzte USV.-Politik des Reiches der einzige Ausweg aus der gegenwärtigen Situation bedeutet. Zwar ist es den alldeutschen Vätern vom Schlage der Leipziger Neuesten Nachrichten ein dauerndes Bedürfnis, wenigstens einmal alltäglich in ihren Spalten zu bezeugen, daß an dem ganzen Abend unserer Tage der Kurs der Reichspolizei schuld sei, der andererseits wieder von der verhassten USV. diktiert werde. Aber es gibt auch lichte Augenblicke in den Köpfen volksparteilicher Politiker. So berichtet das Herold-Organ in seiner heutigen Nummer über einen Vortrag des Kandidaten Dr. Schneider vom Reichsverband der deutschen Industrie in Dresden. Dieser Stinnesmann erklärte, „je länger wir die Reparationen erfüllen, desto mehr ruinieren wir die Enterte und die Neutralen“. Er erklärte, Deutschland könne den Kursverkauf viel länger aushalten, „als die anderen Länder den Stillstand ihrer gesamten Wirtschaft“. Daraus folgt, daß in klaren Augenblicken auch in den Reihen der Stinnespartei die Auffassung Boden gewinnt, daß man eine Erleichterung unserer Situation nicht erlangen könne dadurch, daß man den starken Mann spiele und immerwährend mit dem berühmten Schlachtschwert Wilhelms II. vor den Köpfen der Alliierten herumvagiere. Vielmehr müssen wir uns auf den Boden der unbedingten Erfüllung stellen, weil durch diese Dialektik der Entwicklung unsere Gegner, insbesondere England, gezwungen werden, ihrerseits die erforderlichen Erleichterungen für Deutschland selbst in Vorschlag zu bringen, wollen sie nicht durch die deutsche Dumping-Konkurrenz vollständig unter den Schritten kommen. Somit beständigen selbst Vertreter der Deutschen Volkspartei, daß unter den gegebenen Verhältnissen gar keine andere deutsche Politik möglich sei, als die der unbedingten Erfüllung. Wenngleich die übrigen Alliierten in der Frage der Januarrate sich dem Diktat der Franzosen nachmals gefügt haben, für die nächsten Raten werden irgendwelche Erleichterungen geschaffen werden müssen, wenn nicht die Alliierten gemeinsam mit Deutschland in den Abgrund wirtschaftlichen Verderbens stürzen wollen.